

Mittelsächsische LinksWorte

25. MAI 2022

NR. 173

16. JAHRGANG



Am 14. Mai fand in Annaberg-Buchholz ein Landesparteitag der LINKEN statt. Unser Titelbild zeigt die Delegierten während einer Abstimmung. Ursprünglich war er einberufen worden, um die Debatte über eine Reform der inneren Strukturen im Landesverband abzuschließen und die Delegierten auf die bevorstehenden Landrats- und Bürgermeisterwahlen am 12. Juni einzustimmen. Doch es kam anders. Kurzfristig wurde das Programm des Parteitages umgestellt. Im Mittelpunkt standen die kritischen Reden der beiden Parteivorsitzenden Susanne Schaper und Klaus Hartmann und ein Dringlichkeitsantrag zur Lage der Partei.

Auch der bevorstehende Bundesparteitag der LINKEN vom 24. bis zum 26. Juni wird davon bestimmt werden, wie DIE LINKE die größte Zerreißprobe ihrer Parteigeschichte übersteht. Laut Beschluss wurde die Tagesordnung um die Neuwahl des gesamten Parteivorstandes erweitert. Zur Debatte werden drei Leiteträge zu den Themenbereichen sozial-ökologischer Umbau, Frieden und Parteaufbau stehen. Wir berichten in dieser und den folgenden Ausgaben der LinksWorte ausführlich über die Parteitage.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. INFORMIERT:

BERICHT VOM LANDESPARTEITAG DER SÄCHSISCHEN LINKEN

2. BILANZIERT:

DIE LINKSFRAKTION ÜBER DIE ERGEBNISSE DER SITZUNG DES KREISTAGES VOM 11. MAI

3. VORAUSGEBLICKT:

DIE LANDRATS- UND BÜRGERMEISTERWAHLEN AM 12. JUNI

- 2 editorial & standpunkt
- 3 kolumne & aktuell informiert
- 4/5 **titelthema 1: vom landesparteitag der sächsischen linken**
- 6 **titelthema 2: aus der kreistagsfraktion**
- 7 **unsere serie - immer auf seite -7-** „linksworte“ mai-ausgabe 2008
- 8 **titelthema 3: vor den landtags- und bürgermeisterwahlen am 12. Juni** offener brief zur lage der partei
- 9
- 10 **unsere serie zur politischen bildung:** beiträg -76-: enttäuschte Hoffnungen zum ende des kalten krieges
- 11 glückwünsche & kreisvorstand & historische daten
- 12 termine & querbeet & trauer

Erscheinungstag der nächsten gedruckten Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ ist Mittwoch, der 22. Juni 2022. **Redaktionsschluss** ist am Mittwoch, dem 15. Juni. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Verteilung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen
Sparkasse Mittelsachsen
IBAN: DE 87 8705 2000 31 15 0282 10
BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
Redaktion „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
E-Mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Gottfried Jubelt, Kati Voigt, Hans Weiske (verantwort. i.S.d.P.)

Layout und Satz: **A • Bi • Te**
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23 b
09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ kann man über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufrufen. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Gesamtarchiv mit allen seit November 2006 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die aktuelle Lage ist so angespannt wie selten nach dem 2. Weltkrieg. In der Ukraine gibt es einen Kriegsherd, der scheinbar nicht zu löschen ist. Der Konflikt zwischen der Nato und Rußland verschärft sich. Die Pandemie ist nach mehr als zwei Jahren scheinbar auf dem Rückzug, kann aber nach dem Sommer erneut und mit neuer Schärfe aufbrechen. Die latente Krise der LINKEN vor allem nach dem Debakel bei den Bundestags-Wahlen im vergangenen Herbst hat sich mit dem Rücktritt der Parteivorsitzenden Susanne Hennig-Welsow, dem Parteiaustritt von Oskar Lafontaine und den Wahlpleiten zu den Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen nochmals verschärft.

Die Vorzeichen stehen also nicht besonders günstig, wenn DIE LINKE im Juni in Erfurt zu ihrem dreitägigen „Schicksalsparteitag“ zusammenkommt. Wir informieren im Titelthema -1- über den aktuellen Stand der Vorbereitung darauf. Im Titelthema -1- werten wir auch die 2. Tagung des 16. sächsischen Landesparteitages aus. Dort wurde kurzfristig das Programm erheblich verändert. Sollten ursprünglich die Reform der inneren Struktur des Landesverbandes und eine Einstimmung auf die Landrats- und Bürgermeisterwahlen am 12. Juni im Mittelpunkt der Beratung stehen, gab es nun einen Dringlichkeitsantrag zur aktuellen Lage in der Partei (wir veröffentlichen ihn auf Seite -5- im Wortlaut), einen Beschluss zu einer sozialen Energiewende und eine Debatte zum Thema „Sexismus“.

Im Bericht aus der Kreistagsfraktion informiert der Fraktionsvorsitzende Gottfried Jubelt über die Sitzung des Kreistages vom 11. Mai. In unserer Rubrik „Was geschah im Kreisverband vor 14 Jahren“ steht das Maiheft 2008 im Mittelpunkt. Damals ging es vor allem um die Vorbereitung der Landrats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen am 8. Juni 2008.

Im dritten Titelthema informieren wir über die Vorbereitung auf die Landrats- und Bürgermeisterwahlen am 12. Juni. Es könnte zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den drei Landrats-Kandidaten Dirk Neubauer (parteilos), Sven Liebhauser (CDU) und Dr. Rolf Weigand (AfD) kommen, welches wahrscheinlich in die zweite Runde gehen wird. Außerdem berichten wir über die Bürgermeisterwahlen in Flöha, wo sich Volker Holuscha nach sieben erfolgreichen Jahren als Oberbürgermeister als einziger Bewerber dem Votum der Wähler*innen stellen wird.

Auf Seite -9- veröffentlichen wir einen offenen Brief der beiden Landesvorsitzenden der sächsischen Linken, Susanne Schaper und Stefan Hartmann.

Den heutigen Beitrag in unserer Serie zur politischen Bildung und Information widmet Achim Grunke dem Thema „Zerstörte Hoffnungen nach Ende des Kalten Krieges 1990“. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir als Redaktion wie allmonatlich eine interessante und anregende Lektüre.

Ein großes dankeschön dem personal der kindertagesstätten

von MARIKA TÄNDLER-WALENTA

Seit zehn Jahren findet immer am Montag nach dem Muttertag der Tag der Kinderbetreuung statt. In den letzten zwei Jahren war der Aktionstag von coronabedingten Einschränkungen geprägt, doch in diesem Jahr war wieder ein DANKE in Präsenz möglich. Viele Menschen nehmen den bundesweiten Aktionstag zum Anlass, um den Kita-Fachkräften, Tagesmüttern und Tagesvätern in ihrem Umfeld persönlich für ihr Engagement zu danken.

Auch ich habe mich beteiligt und den Tag der Kinderbetreuung zum Anlass genommen, ein Video mit den Forderungen der LINKEN zu erstellen. Das Video habe ich per Mail, verbunden mit Dankesworten an Einrichtungsleitung und Team, an die zahlreichen Kindertagesstätten in Mittelsachsen versendet.

Als Sprecherin für den Bereich Kindertagesstätten der Faktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag setze ich mich aktiv für bessere Rahmenbedingungen des pädagogischen Personals ein und unterstütze ausdrücklich die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und mehr Gehalt für Erzieher*innen. Zudem sehe ich die Staatsregierung in der Verantwortung, im Zuge der anstehenden Haushaltsverhandlungen die Landespauschale so zu erhöhen, dass die Kommunen die Erzieherinnen angemessen entlohnen können und die Elternbeiträge nicht erhöht werden müssen. Dementsprechend habe ich die Streikenden von verdi und GEW bei ihren Protesten unterstützt und vor Ort zu den Erzieherinnen gesprochen. Die Beschäftigten streiten völlig zu Recht für bessere Arbeitsbedingungen und Einkommen. Frühkindliche Bildung ist ohne genug Personalnachwuchs nicht möglich. Die sozialen Berufe müssen dringend attraktiver werden. Angesichts der Inflation ist es umso dringlicher, die Einkommen zu erhöhen und den Personalschlüssel auf realistische Weise zu berechnen. Dafür brauchen die Träger mehr Geld, das die Kommunen nicht aufbringen können. Sie dürfen es sich auch nicht bei den Eltern holen, indem sie die Beiträge erhöhen. Der Freistaat muss seinen Landeszuschuss anheben, was wir auch in einem Landtags-Antrag eingefordert haben (Drucksache 7/9338). Die Elternbeiträge können unmöglich weiter steigen und müssen perspektivisch sogar sinken! Kommunen, Fachkräfte und Eltern dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Doppelhaushalt 2023/2024 muss eine deutliche Erhöhung der Landespauschale beinhalten, die der Freistaat den Kommunen zahlt. Sonst drohen weiter steigende Elternbeiträge, schon weil die gegenwärtigen Preissteigerungen auch die Kita-Betriebskosten erhöhen werden. Diese sind die Grundlage für die Berechnung des Eigenanteils. Indem die Landeszuschüsse deutlich angehoben werden, sollen die Kommunen als Arbeitgeber in die Lage versetzt werden, in der aktuellen Tarifrunde eine Einigung mit den Gewerkschaften zu erzielen. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Berücksichtigung der Fehlzeiten durch Urlaub, Weiterbildung und Krankheit sollen fest bei der Berechnung des Personalschlüssels berücksichtigt werden.

auf seite drei- Immer konsequent links - bundes- und landesparteitag debattieren die lage der linken

von HANS WEISKE

Unsere Partei befindet sich - gelinde gesagt - in keinem guten Zustand. Schwer im Magen liegen immer noch die Pleiten der Landtagswahlen 2019 und der Bundestagswahlen im vergangenen Jahr. In den vergangenen Monaten haben wir eine der beiden Parteivorsitzenden eingebüßt und mit Christa Luft, Oskar Lafontaine und Helmut Markov Genossinnen und Genossen verloren, welche DIE LINKE mitgeprägt haben. Auch der Umgang mit dem Ältestenrat und seinem Vorsitzenden Hans Modrow spricht Bände.

In dieser Ausgabe der „LinksWorte“ geht es auch darum, wie DIE LINKE im Bund und in Sachsen versucht, die Kurve zu kriegen. Der eintägige Landesparteitag in Annaberg-Buchholz liegt bereits hinter uns, der dreitägige Bundesparteitag findet am letzten Juni-Wochenende in Erfurt statt. Ich äußere im folgenden in dieser Reihenfolge meine Gedanken dazu.

Was den Landesparteitag betrifft, war er ursprünglich als zusätzlicher Parteitag geplant worden, um die Strukturdebatte abzuschließen und die Weichen für einen Mitgliederentscheid über deren Ergebnissen zu stellen. Kurzfristig wurde er um den Tagesordnungspunkt „zur Lage der Partei“ ergänzt und neben dem Leitantrag zur Strukturdebatte mit einem Dringlichkeitsantrag zu den zentralen Forderungen linker Politik in Sachsen „gewürzt“. Dieser wird - wie viele seiner Vorgänger - schnell in den Schubladen verschwinden. Was die Ergebnisse zur Strukturreform betrifft, waren diese weder den Redakteuren des „neuen deutschland“, noch der „freien presse“ eine Erwähnung wert. Themen waren stattdessen die „Zerrissenheit der LINKEN“ und die „überdimensionalen Wahlkampfausgaben“ von Sören Pellmann. Das Problem der „finanziellen Solidarität“ zwischen dem Landesvorstand und den Kreisverbänden war von vornherein ausgeklammert und auf die zweite Jahreshälfte verschoben worden. Für mich viel interessanter als das Studium der vom Landesparteitag beschlossenen (bzw. nicht beschlossenen) Anträge ist der offene Brief von Susanne Schaper und Stefan Hartmann an die Genossinnen und Genossen des Landesverbandes. Er ist konkret und nimmt kein Blatt vor den Mund. Der offene Brief ist auf Seite -9- im Wortlaut abgedruckt.

Zum bevorstehenden Bundesparteitag: Er wird uns voraussichtlich mit drei Leitanträgen „beglücken“, mit deren Bestätigung auf dem Parteitag endlich die Zeit der „uneindeutigen, vielstimmigen Kommunikation“ bei der LINKEN der Vergangenheit angehören soll. Dazu zitiere ich Johann Wolfgang von Goethe: „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Mit der vom Parteivorstand „nach intensiver Abwägung“ beschlossenen Neuwahl des Parteivorstandes hat der Parteitag eine wesentliche Erweiterung der Tagesordnung erfahren. Interessant, ob Benjamin-Immanuel Hoff und Sören Pellmann wirklich ihren Hut in den Ring werfen werden.

geburtstag ernst thälmanns und tag der befreiung würdig begangen

Im Frühjahr gehört es zu den guten Traditionen in vielen Ortsverbänden, am 16. April des Geburtstags Ernst Thälmanns und am 8. März des Tages der Befreiung zu gedenken. Auch in diesem Jahr erhielt die Redaktion Informationen in Bild und Text, die wir zusammengestellt haben. Keine Frage dabei, dass die Würdigung des Tages der Befreiung in diesem Jahr - bedingt durch den durch Rußland geführten Krieg gegen die Ukraine - in diesem Jahr getrübt war. Aber es wurde klar getrennt, der Heldentum des sowjetischen Volkes und der Roten Armee im 2. Weltkrieg und die gegenwärtige durch Rußland vom Zaune gebrochene Annexion (hw)



Von HELGA STEINERT, Vorsitzende OV Burgstädt

Die Befreiung vom Faschismus durch die Rote Armee bleibt immer ein historischer Verdienst. Es gibt allen Grund, den Befreier von damals zu danken und sie zu ehren, den sowjetischen, ebenso wie den britischen, amerikanischen und französischen. Deshalb legten die Genossinnen und Genossen vom OV Burgstädt am 8. Mai am Ehrenmal im Wettinhain Blumen nieder.



von ALBRECHT TOLKE, OV Freiberg

Die Freiburger Genossen ehrten am 16. April Ernst Thälmann an seinem Ehrenmal am Meissner Ring. (oberes Bild). Am 8. Mai kamen sie zum Tag der Befreiung zusammen (unteres Bild). Teilnehmer waren vor allem Linke aus Freiberg. Blumen wurden an den Denkmälern für die Opfer unter den Antifaschisten und für die sowjetischen Opfer der Roten Armee, der Kriegsgefangenen und der Zwangsarbeiter niedergelegt. Gerade die schlimme Kriegs-Situation veranlasste die Teilnehmer anschließend zu einer offeneren Diskussion über die Vorgeschichte, die derzeitige Entwicklung und die Möglichkeiten, diesen Krieg zu beenden. Das sollte möglichst bald erreicht werden, um weitere Opfer auf beiden Seiten zu vermeiden und ein gesichtswahrendes Miteinander in der Zukunft zu ermöglichen.“



Genossin ANNEMARIE ZSCHALIG, OV Rochlitz, übermittelte uns mehrere Bilder zum Tag der Befreiung. Das obenstehende Bild ergänzte sie durch den Hinweis, dass am 8. Mai etwa 25 Bürger*innen am sowjetischen Ehrenmal am ehemaligen Rochlitzer Bahnhof den Tag der Befreiung begangen. Zu den Teilnehmern sprach u.a. Der Vorsitzende des OV Rochlitz-Geringswalde, ROBERT SOBOLEWSKI.

informationen aus dem parteivorstand der linken

Der Parteivorstand hatte kurzfristig vereinbart, sich am 24. April in einer Videokonferenz zum **Umgang der LINKEN mit den Vorwürfen zu sexuellen Übergriffen und sexistischem Verhalten** zu beschäftigen. Überschattet wurde diese Sitzung allerdings vom Rücktritt der Parteivorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow am gleichen Tag. Bis spät in die Nacht hinein diskutierten die Vorstandsmitglieder und fassten folgende Beschlüsse:

- Der Vorstand dankte Susanne Hennig-Wellsow für ihre Arbeit. Janine Wissler wurde gebeten, die Partei allein weiterzuführen.
- Der Vorstand bedauert die sexuellen Übergriffe in der Partei zutiefst und entschuldigt sich bei den Opfern. Ergänzend dazu gab es den Beschluss **Solidarität mit Betroffenen und konsequentes Handeln gegen Sexismus, Grenzüberschreitungen und sexualisierte Gewalt**, der erste Schritte und Konsequenzen zur Aufarbeitung einleiten wird. Hierzu zählt u.a. die Einrichtung einer parteiexternen Beratungsstruktur.

In einer persönlichen Erklärung hatte Janine Wissler bereits am 15. April Stellung zu den Vorwürfen genommen.

In einer ordentlichen Sitzung am 23. und 24. April beschäftigte sich der Parteivorstand ausführlich mit der **aktuellen Situation in der Partei** und stellt fest, dass sich die Partei in einer tiefen Krise befindet.

Die Diskussion hinsichtlich der **Vorwürfe der sexuellen Übergriffe** wurde ausführlich weitergeführt und festgestellt, dass die bisherigen Festlegungen dazu nicht ausreichen und neue Strukturen aufgebaut werden müssen. Das werde man jetzt in Angriff nehmen, so der Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler.

Schwerpunkt der Sitzung war die **weitere Vorbereitung des Bundesparteitages** vom 24. bis zum 26. Juni in Erfurt. Es wurde festgestellt, dass sich bedingt durch den Rücktritt von Susanne Hennig-Wellsow mindestens die Notwendigkeit der Nachwahl der Parteivorsitzenden ergibt. Nach intensiver Abwägung unterschiedlicher Optionen beschloss der Parteivorstand die Neuwahl des Parteivorstands. Parallel zum satzungsgemäßen Frauenplenum wird am Abend des 24. April ein Workshop „Kritische Männlichkeit“ stattfinden. Außerdem wird es ein migrantisches Plenum geben.

In Auswertung der Bundestagswahlen wurde deutlich, dass DIE LINKE in den Themenbereichen

- sozial-ökologischer Umbau
- Frieden
- Parteiaufbau

inhaltlichen und praktischen Nachholbedarf hat. Uneindeutige, vielstimmige Kommunikation bezüglich der anstehenden, sozial-ökologischen Veränderung der Gesellschaft und zu außenpolitischen Fragen sind wesentliche Ursachen für die empfindliche Niederlage bei den Bundestagswahlen. Zu den drei genannten Themenbereichen verabschiedete der Parteivorstand drei **Leitanträge**.

- Leitantrag 01: Gemeinwohl statt Profit
- Leitantrag 02: DIE LINKE aufbauen
- Leitantrag 03: Keine Aufrüstung, kein Krieg

Hinzu kommen Anträge auf Satzungsänderungen, die u.a. auch ein Handeln bei sexuellen Übergriffen ermöglichen sollen.

In seiner Sitzung am 2. Mai hat der geschäftsführende Parteivorstand einen Antrag an den Parteitag beschlossen, eine Kommission zur Reform der Partei- und Entscheidungsstrukturen zu berufen. Diese soll bis zum Parteitag 2023 entscheidungsfähige Vorschläge unterbreiten. Dabei soll u.a. geprüft werden

- Eine Verkleinerung des Parteivorstandes
- Eine Weiterentwicklung des Bundesausschusses zu einem Gremium, das die Grundlinien der Politik zwischen den Parteitag diskutiert und festlegt.
- Die Überarbeitung der Aufgabenbeschreibung und -teilung zwischen Parteivorstand und Bundesausschuss.

Alle gefassten Beschlüsse des Parteivorstandes bzw. die Anträge an den Bundesparteitag können auf der Seite der Bundespartei nachgelesen werden.

<https://www.die-linke.de/partei/partiedemokratie/>

vom landesparteitag der sächsischen linken

am 14. mai in annaberg-buchholz



Die Tagesordnung des Landesparteitages wurde kurzfristig verändert. Neben den Punkten

- Vorbereitung der Kommunalwahlen
- Abschluss der Strukturdebatte - "Lust auf Veränderung"
- Behandlung von Satzungsantragsänderungen

wurde ein zusätzlicher Tagesordnungspunkt

- Zur Lage der Partei

aufgenommen und an die Spitze des Parteitages gestellt. Die aktuelle Lage der LINKEN stand dann auch im Mittelpunkt der Reden der beiden Co-Vorsitzenden Susanne Schaper und Stefan Hartmann und eines Dringlichkeitsantrages, welchen wir nebstehend abdrucken. Die wichtigsten vom Parteitag beschlossenen Dokumente sind:

- Leitantrag A.1. Parteireform "Mit neuen Ansätzen zu alter Stärke"
- Dringlichkeitsantrag D.1. Unterstützung Proteste gegen Bundesparteitag der AfD
- Dringlichkeitsantrag D.2. Bezahlbare Energie - sauber, dezentral und bürgerinnennah (siehe unten)
- Dringlichkeitsantrag D.3. Wir wollen Sachsens Politik verändern

Wesentliche der dem Parteitag vorgeschlagenen Satzungsänderungen, die sich aus der geführten Strukturdebatte ergeben (wir berichteten mehrfach darüber) fanden nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit, so die Anträge zur künftigen Größe und Zusammensetzung der Gremien (Landesparteitag, Landesvorstand, Landesrat, „kleiner Parteitag“, landesweite Zusammenschlüsse). Beschlossen wurde, den vorgesehenen Mitgliederentscheid zu Strukturveränderungen nicht durchzuführen.



Mit einer Aktion und dem Antrag „Bezahlbare Energie - sauber, dezentral & bürger*innennah“ hat sich der Landesparteitag zur Energie(preis)krise positioniert. Dort wird klargestellt: Wir brauchen die soziale Energiewende. Nicht nur mit Blick auf Krieg und Konzerne, sondern natürlich auch auf das Klima.

Der Beschluss kann - wie alle vom Landesparteitag beschlossenen Anträge - auf der Webseite des Landesverbandes nachgelesen werden. (hw)

Der vom Landesparteitag beschlossene Dringlichkeitsantrag zur Lage der Partei hat folgenden Wortlaut

Wir wollen Sachsens Politik verändern - dafür brauchen wir eine starke LINKE

Intransparenz, Aussitzen von Problemen, dauernde Unterfinanzierung von Kommunen und Landkreisen, ökonomische Schwächung der Menschen, die ohnehin nur wenig besitzen, und erst reagieren, wenn es schon längst brennt - das ist Regierungshandeln der letzten Jahrzehnte in Sachsen und der Bundesrepublik. Und das kritisieren wir. Mit unserer Kritik und unseren Alternativvorschlägen wollen wir als lernende Partei verändernde Kraft sein, die radikale und realistische Politik betreibt. Dafür stellen wir uns den Anforderungen an moderne Politik in Sachsen und der Bundesrepublik. Doch wenn wir verändern wollen, müssen wir uns auch selbst verändern.

Konkret heißt das:

- Wir sind demokratische Sozialistinnen und Sozialisten, demokratische Linke mit unterschiedlichen politischen Biografien, weltanschaulichen und religiösen Einflüssen, Alte und Junge, Alteingesessene und Eingewanderte, Menschen mit und ohne Behinderungen.
- Wir kämpfen als LINKE selbstbewusst und konsequent für unsere gemeinsam erarbeiteten Interessen der Menschen im Land, die ihr Leben nicht aus Kapitaleinkünften oder den Gewinnen aus großen Unternehmen bestreiten, der Menschen, die Diskriminierung und Ausgrenzung erleben, der Menschen, die mit uns gemeinsam für ein besseres Sachsen streiten. Unterschiedliche Lebensentwürfe, Fähigkeiten und Fertigkeiten sind eine Stärke in den politischen Kämpfen.
- Für die nächsten zwei Jahre besteht deshalb unsere wichtigste Aufgabe darin, an unserer lokalen und regionalen Verankerung in Vereinen, politischen Initiativen und Gewerkschaften als Grundlage für kommunalpolitische Erfolge zu arbeiten. Unsere Vertreter*innen in den kommunalen Parlamenten sind die vor Ort am besten wahrnehmbaren Gesichter und Stimmen linker Politik.
- Wir sind nicht allein in unserem Einsatz für ein Leben in Menschenwürde in Stadt und Land, sondern haben gemeinsame Interessen mit vielen Aktiven. Deshalb laden wir dazu ein, mit uns zusammen zu den Kommunalwahlen 2024 anzutreten. Ob parteilos auf unseren Listen, ob mit offenen oder gemeinsamen Wahlantritten oder als LINKE in lokalen Bündnissen - gemeinsam die gleichen Ziele zu vertreten ist dafür das entscheidende Kriterium.
- Die kommunalen Wahlprogramme für 2024 erarbeiten wir vor Ort mit unseren Partnerinnen und Partnern, ausgehend von unseren Grundvorstellungen, aber offen für neue inhaltliche Impulse und Methoden. Wir verstehen uns als lernende Partei und wir nehmen deshalb die Erfahrungen und Vorschläge von der Straße auf und transportieren sie in die Parlamente und die Kreistage sowie in die Stadt- und Gemeinderäte. Dem sachsenweiten gemeinsamen Auftritt unserer Partei 2024 werden die lokalen und regionalen politischen Vorschläge zu Grunde liegen.
- Wir entwickeln die Orientierung auf „Ein Leben in Menschenwürde“ in Stadt und Land entsprechend der konkreten Herausforderungen der Gemeinde, des Kreises oder der Stadt weiter. Dabei sind wir als die Partei erkennbar, die auf allen politischen Feldern die soziale Frage stellt und für Gerechtigkeit kämpft, die die Demokratisierung durch den Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten und die Verteidigung der zivilgesellschaftlichen Errungenschaften vorantreibt, die wirtschaftliche Entwicklung und Klimagerechtigkeit ausgehend von den Interessen der Beschäftigten denkt und nicht zuletzt dafür steht, dass für eine friedliche, humanistische und antifaschistische Welt auf allen Ebenen gearbeitet werden muss.
- Wir schlagen unseren Abgeordneten in Land, Bund und Europa vor, ihre politischen Schwerpunkte ausgehend von der Perspektive auf die Kommunalwahl 2024 zu setzen und mit all ihrer Kraft unterstützend zu wirken.
- Wir kooperieren in der Vorbereitung der Kommunalwahl 2024 mit den Landesverbänden, die in zeitlicher Nähe vor der gleichen Herausforderung stehen. Erfahrungsaustausch, Wissenstransfer und gegenseitige praktische Unterstützung sind dabei das Ziel.

Eine Kernaufgabe der LINKEN im aktuellen kapitalistischen System ist die Bekämpfung der Armut. Dazu gehört für uns:

- Faire Mieten, Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und die Bekämpfung von Obdachlosigkeit
- Die soziale Abfederung der galoppierenden Inflation und Energiepreisexplosion
- Eine soziale Ausgewogenheit bei notwendigen Klimaschutz-Maßnahmen.

Neben der sozialen Frage sind wir als LINKE die Friedenspartei - in der Außenwie in der Innenpolitik. Dazu gehört für uns:

- Zivile Konfliktlösungen entwickeln und umsetzen
- Aufnahme von Geflüchteten und Deserteur*innen
- Kampf gegen Diskriminierung, Stärkung des gleichberechtigten Miteinanders
- 1000.000.000 Euro nicht für Krieg und Tod investieren, sondern für sozial-ökologische Investitionen in der Gesellschaft

Das sind die zentralen Forderungen unserer linken Politik - mit Ihnen werden wir in den nächsten Monaten mit allen Mitgliedern in den Parlamenten, Gremien und an der Basis politisch wirken. Um das erfolgreich in der Gesellschaft zu erreichen, müssen wir auch unsere Partei entwickeln.

- Wir sind und bleiben eine vielfältige linke Partei, in der aus unterschiedlichen Blickwinkeln Politik gemacht wird. Vielstimmige Beliebigkeit nach außen verhindern wir durch respektvoll gelebte innerparteiliche Demokratie auf Grundlage linker Werte.
- Die in einer vielfältigen Partei notwendigen innerparteilichen Diskussionen orientieren sich nicht auf das Gewinnen oder Verlieren innerparteilicher Macht, sondern auf das Finden der richtigen Antworten auf Fragen der Zeit
- Wir nutzen die sozialen Medien zur Information und Weiterverbreitung unserer politischen Agenda. Insbesondere Mitglieder mit Amt oder Mandat sind gefordert, abweichende Meinungen als persönliche Auffassungen darzustellen
- Wir ermöglichen allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, sich mit ihren persönlichen Anliegen und Kompetenzen in die Parteiarbeit einzubringen und dadurch ihre Fähigkeiten zu entfalten
- Die Mitglieder unserer Partei werden durch ihre Vorstände auf allen Ebenen konsequent, dauerhaft und regelmäßig in die Entwicklung unserer Politik und der Politikentwicklung eingebunden
- Ressourcen der Partei werden solidarisch und sinnstiftend im Interesse unserer Politik eingesetzt und Ungleichverteilungen aufgehoben bzw. nach Möglichkeit vermieden
- Wir werden auch weiterhin die unterschiedlichen Kommunikations- und Informationswege innerhalb der LINKEN nutzen und niemanden ausschließen
- Weil Politik schnelllebig und komplexer geworden ist, sorgen wir dafür, dass daraus keine Nachteile für die Parteistrukturen entstehen
- Übergriffe, Diskriminierung und Abwertung aufgrund von Geschlecht, Herkunft und sonstigen Merkmalen lehnen wir ab. Doch auch wir/unsere Mitglieder sind nicht frei davon. Als LINKE haben wir allerdings den Anspruch, diese Probleme sichtbar zu machen und anzugehen. Alle Mitglieder sind aufgerufen, ihr Handeln dahingehend zu überprüfen. Wenn es derartige Vorfälle gibt, müssen die Opfer gehört und die Vorwürfe aufgeklärt werden. Hilfe für die Opfer ist dabei selbstverständlich. Zeugen solcher Vorfälle werden entsprechend der Werte unserer Partei tätig.

In der Welt, die wir wollen, gehören alle Menschen, die bei uns leben, zur Gesellschaft dazu. Ob erzgebirgische Ingenieurin oder kurdischer Pizzabäcker, ob Kleingärtnerin oder „Freiraum“-Suchende - in einer solidarischen Gesellschaft, die die soziale Verunsicherung, Ängste und Aggressionen überwindet, ist Platz für alle.

Wir bekennen uns dazu: Politik braucht Weltanschauung - und wer das Land verändern will, braucht Träume und Utopien, aber auch realistische Perspektiven. Reiner Pragmatismus führt in die Orientierungslosigkeit, reine Utopien in Weltfremdheit und Isolation. Es muss uns gelingen, im demokratischen Diskurs aus beiden Ansätzen Wege für eine bessere Welt zu finden.

Die zweite Sitzung des Kreistages 2022 fand am 11. Mai wieder in der Harth-Arena statt. Es war schon angenehm, das jetzt auch wieder auf die FFP 2 Masken verzichtet werden konnte.

Noch vor Eintritt in die Tagesordnung informierte der Landrat, das er den Punkt „**Betreibung der Kultureinrichtung – Miniaturpark Klein Erzgebirge Oederan ab 1. September 2022 durch die Mittelsächsische Kultur gGmbH**“ zurückgezogen und von der Tagesordnung gestrichen hat. Das erfolgte jetzt bereits zum zweiten mal. Bereits am 2. März stand das Thema auf dem Programm und wurde zurückgezogen. Daran kann man erkennen, wie lange schon an der Rettung des Parks und des dazu gehörigen „Hauses am Klein-Erzgebirge“ gearbeitet wurde. Ursprünglich hatte der Vereinsvorsitzende Horst Drichelt gegenüber dem Landrat ein positives Fazit zum Gang der Verhandlungen gezogen und eine entsprechende Absichtserklärung unterschrieben. Doch es kam alles ganz anders. Der Verein hat auf einer Mitgliederversammlung am 2. Mai beschlossen, den Park selbst weiter zu betreiben und das Haus zu verkaufen. Der Investor Lars Faßmann, ehemaliger parteiloser Oberbürgermeisterkandidat in Chemnitz, dem bereits das Lehngericht in Augustusburg gehört, hat bisher das höchste Gebot für das Haus abgegeben. Welche Rolle dabei der parteilose Landratskandidat Dirk Neubauer. Bürgermeister von Augustusburg gespielt hat, ist noch offen. Unser Kreisrat Volker Holuscha, Oberbürgermeister von Flöha, hat das Verhalten des Vereins als eine Unverschämtheit bezeichnet und den Landrat aufgefordert, das auch so zu benennen.

Völlig überraschend hat der Landrat dann auch noch die Vorlage zur **Begrenzung des Eigenanteils beim Erwerb des Bildungstickets für die Klassen 1-4** zurückgezogen. Begründet hat er das damit, dass es noch ein Reihe offener Fragen gäbe. Wie stichhaltig diese Begründung wirklich ist, konnten wir leider nicht überprüfen. Damit steht immer noch unsere Frage im Raum, wie die 3,5 Millionen Euro des Freistaates zur Finanzierung des Schülerverkehrs eingesetzt werden sollen. Schließlich bleiben nach Abzug der rd. 850.000 Euro für die Grundschüler noch ca. 2,65 Millionen Euro übrig. Wir bleiben dran! Zum nächsten Kreistag am 6. Juli werden wir beantragen, dass diese Mittel für die Finanzierung des Bildungstickets ab Klasse 5 und für Schüler des 2. Bildungsweges eingesetzt werden! So kann Mittelsachsen den berechtigten Forderungen der Eltern zumindest teilweise nachkommen.

Nach den Formalien zu Beginn der Sitzung steht immer die Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung an. Dieses mal habe ich erstmalig nicht zugestimmt. Begründet habe ich das damit, dass im Protokoll vom 2. März zum Punkt „Neufassung der Schülerbeförderungssatzung des ZVMS“ (Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen) die Begründung der Verwaltung ausführlich wiedergegeben wurde, aber die Reden der

Kreisräte auf ein Minimum reduziert und dabei wesentliche Aussagen „unter den Teppich gekehrt“ wurden.

Wer allerdings nach der Streichung der beiden Vorlagen auf einen kurzen Kreistag gehofft hatte, war im Irrtum. Allein der Punkt „Informationen des Landrates“ dauerte fast eine Stunde. Der Vorteil für die Verwaltung besteht hier darin, das zu den Informationen nicht diskutiert wird!

In den nächsten beiden Punkten ging es um die **Neuaustrichtung der touristischen Vermarktung von Teilen des Landkreises Mittelsachsen**. Dazu untenstehend eine Information der Landkreisverwaltung. Die Vorlagen wurden zur Kenntnis genommen bzw. beschlossen.

Danach stand ein Antrag der AfD auf der Tagesordnung, der eigentlich gar nicht beschlossen werden sollte, da erst noch die Zuständigkeit des Kreistages geprüft werden musste. Da aber die AfD zu ihrem Antrag „Kreistagsarbeit transparenter gestalten“ selbst noch einen Änderungsantrag eingebracht hat und die Fraktion der „Grünen“ dazu noch einen Änderungsantrag vorgelegt hatte, musste der Landrat zuerst entscheiden, welcher der beiden Anträge der weitergehende ist. Nach eigentlich unnötigem Hin und Her waren die Kreisräte einverstanden, über die Anträge nicht abzustimmen. Der Landrat versprach, die Anträge bei der notwendigen Überarbeitung der Geschäftsordnung zu berücksichtigen. Wenn der Beschluss am 6. Juli vorliegt, könne man immer noch darüber diskutieren, ob die Geschäftsordnung so beschlossen werden kann.

Wichtiger war der Antrag der CDU – Fraktion, für die **Überarbeitung der „Sportförderrichtlinie“** eine zeitweilige Arbeitsgruppe zu bilden. Hier werden die Fachbereiche des Landratsamtes, des Kreissportbundes sowie Vertreter aller Fraktionen mitarbeiten. Für unsere Fraktion werde ich dabei sein. Mein Stellvertreter ist Volker Holuscha. Schwerpunkt der Arbeit ist die Aufteilung der Finanzen für die Sportvereine zwischen dem investiven und dem konsumtiven Bereich.

Unter dem Punkt „Anfragen“ habe ich für den „Augustusburger Musiksommer“ geworben, der am 4. Juni mit den „Vier Jahreszeiten“ von Vivaldi eröffnet wird. Hier hat mich der Landrat überrascht, indem er die „Junge Philharmonie“ Augustusburg in höchsten Tönen gelobt hat! Überhaupt darf ich an dieser Stelle ergänzen, dass Augustusburg 2022 ein Festjahr begeht. Zum 450-jährigen Schlossjubiläum wird das monumentale Jagd- und Lustschloss Schauplatz der groß angelegten, multimedialen Erlebnisausstellung „Kurfürst mit Weitblick – Das Leben und Wirken von Landesvater August von Sachsen“ sowie einem ganzjährigen kulturellen Programm mit Festumzug, Vorträgen sowie weiteren Veranstaltungen sein.

(CWE) sowie der Heimat- und Verkehrsverein Rochlitzer Muldental e. V. (HVV). Der Landkreis Mittelsachsen bringt das Gebiet des Altkreises Mittweida ein. Dadurch ändert sich an den Zuschnitten der bisherigen Destinationen etwas: So gehören die Altkreise Mittweida und Döbeln bisher zum Tourismusverband LEIPZIG REGION e. V. „Aus diesem Grund musste der Kreistag im zweiten Schritt dem Austritt des Landkreises Mittelsachsen aus dem Tourismusverband LEIPZIG REGION e. V. zum 31. Dezember und zugleich dem Wiedereintritt ausschließlich mit dem Gebiet des ehemaligen Landkreises Döbeln zum 1. Januar 2023 zustimmen“, erklärt Kerstin Kunze. Die Region Freiberg gehört zum Tourismusverband Erzgebirge e. V. – daran werde sich nichts ändern.

Hintergrund der Beschlussfassungen ist es, langfristig eine bessere Vermarktung der Regionen erzielen zu können. „Teilweise waren Gebiete nicht in Destinationen vertreten oder fühlten sich von der geografischen Lage her eher Chemnitz als Leipzig verbunden. Seit 2017 wird mit Unterstützung des Freistaates an der neuen Destinationsstrategie gearbeitet“, so Kerstin Kunze. Für die mittelsächsische Wirtschaft und das Gastgewerbe sei die Neuaustrichtung eine Chance, die vorhandenen touristischen Potentiale weiter zu entwickeln und zu vermarkten.

Am 1. August 2008 trat in Sachsen eine „**Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform**“ in Kraft. Ihr wahrscheinlich bedeutendster Aspekt für die Bevölkerung: Die Bildung von zehn Landkreisen (aus ursprünglich 22) und drei kreisfreien Städten (aus ursprünglich sieben). Einer der zehn neu gebildeten Landkreise war der Landkreis Mittelsachsen, hervorgegangen aus den in der Kreisreform 1994/1996 neu gebildeten Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida. DIE LINKE sah die Reform von Anfang an sehr kritisch und lehnte sie deshalb ab, konnte sich aber – wie zu erwarten war – mit ihrer Auffassung nicht durchsetzen. Heute steht die Mai-Ausgabe des Jahres 2008 im Mittelpunkt. Ihre Auflage wurde verdoppelt. Das hing damit zusammen, dass Mitte Mai die heiße Phase des Wahlkampfes der Landrats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen am 8. Juni eingeleitet wurde.

In unserer bereits damals existierenden Kolumne mussten wir aber auch kritisch einschätzen, dass in der Zusammenarbeit zwischen den drei ehemaligen Kreisverbänden noch viel zu sehr das „unser“ und „euer“ gegenüber dem Gemeinsamen dominierte. Die von der WASG gekommenen Genossen **MATTHIAS SCHREIBER** und **RICHARD THUM**, stellvertretender Vorsitzender des Regionalvorstandes bzw. Mitglied im Regionalvorstand, traten aus der Partei aus, Kreisrat **JENSEBERHARD JAHN** legte sich in einem selbstgefälligen Artikel in der April-Ausgabe der LinksWorte mit der Kreistagsfraktion an, indem er ihr



„Gefälligkeitspolitik gegenüber der Landkreisverwaltung“ vorwarf. Der Fraktionsvorsitzende **HANNES KRETZER** konterte mit einem Einwurf und einem umfassenden und ausgewogenen Artikel über die Tätigkeit der Fraktion PDS/DIE LINKE im Kreistag

Freiberg seit dem August 2004. Interessant ist, dass selbst politische Gegner das damalige Potenzial der LINKEN in der Kommunalpolitik in Ostdeutschland anerkennen mussten. Wir wiederholen deshalb an dieser Stelle ein Zitat der konser-

vativen „Welt am Sonntag“: „Die Ostdeutschen sind der Linken treu geblieben. Es gibt kaum einen Gemeinderat, der ohne die Stimmen der Linken beschlussfähig wäre. Ihre Leute sitzen in Vereinen, Sozialverbänden, Rettungsdiensten und Verwaltungen: Im Osten ist die Linke Volkspartei“. Auf den Seiten 4- bis 6- der LinksWorte im Mai 2008 veröffentlichten wir das in monatelanger Debatte entstandene „Programm für Mittelsachsen“. Die Hauptüberschriften damals:

- Bürgernähe einfordern!
- für menschenwürdige Arbeit - HARTZ IV muss weg!
- Den Landkreis sozial gestalten!
- Den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort zukunftsfähig gestalten!
- Nahverkehr und Verkehrsinfrastruktur neu gestalten - Natur schützen!
- Keine weiteren Schulschließungen - Kultur- und Theaterlandschaft erhalten!
- Mittelsachsen - demokratisch und weltoffen!

Unser damaliger Landratskandidat **JENS STAHLMANN** aus Hainichen, langjähriger Fraktionschef der PDS im Kreistag Mittweida, formulierte in einem ausführlichen Artikel seine Gedanken und Hoffnungen für das hohe Amt eines Landrates. Vorgestellt wurden die Bewerber für das Bürgermeisteramt in Freiberg (**THOMAS MITTELSTÄDT**), Flöha (**VOLKER HOLUSCHA**), Leisnig (**DIETER KUNADT**) und Reinsberg (**JAN BRUDER**).

offizielle informationen zum kreistag vom 11. mai
Quelle: Webseite des Landkreises Mittelsachsen

Neuaustrichtung der touristischen Vermarktung geplant

Der Landkreis Mittelsachsen plant zu Beginn des kommenden Jahres seinen Beitritt als Gründungsmitglied zur Destinationsmanagementorganisation (DMO) Chemnitz Zwickau Region e.V. Darüber informierte die Referatsleiterin Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung Kerstin Kunze den Kreistag. „Es soll eine neue Tourismusdestination entstehen, um mehr Gäste in die Region zu bringen und die Wertschöpfungskette des Wirtschaftsfaktors Tourismus, zum Beispiel Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel, Handwerk, in der Region zu stabilisieren und zu erhöhen.“ Ziel sei zudem die regionsübergreifende Entwicklung gemeinsamer Themen insbesondere in den Bereichen Kultur und Schlösser, Industriekultur, Aktiv- und Fahrradtourismus sowie Chemnitz und dessen Umland als Kulturhauptstadt Europas 2025.

Gründungsmitglieder der DMO sind außerdem der Landkreis Zwickau, die Städte Chemnitz und Zwickau, die Tourismusregion Zwickau e. V., die Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH



Als einer von vier Bürgermeister-Kandidaten der LINKEN trat **DIETER KUNADT** in Leisnig an. Dabei erhielt er Wahlkampfunterstützung von der damaligen Landesvorsitzenden und heutigen Europa-Abgeordneten der LINKEN, **CORNELIA ERNST**. Sie kam am 30. April 2008 zur Visite nach Leisnig.



Gut vertreten in der Mai-Ausgabe der LinksWorte aus dem Jahr 2008: Die Ortsgruppe Oederan der LINKEN. Auf dem obigen Foto Genossin **RITA HILLMANN**, die sich in einem Artikel Sorge um das Wohl der Kinder unter HARTZ IV macht. Rita Hillmann war damals Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Oederaner Stadtrat und stellte für den neuen Landkreis die Forderung nach einem Sozialpass für bedürftige Familien auf. Auf dem unteren Foto die beiden leider viel zu früh verstorbenen Genossen **GÜNTER GOLDSCHMIDT** und **HANS RICHTER** (von links), beide aktiv im VVN-BdA, während der Ehrung der Opfer des Faschismus am 8. Mai 2008 am Ehrenmal am Oederaner Teichplan.

vor den landrats- und bürgermeisterwahlen am 12. juni

landratswahlen in mittelsachsen

Von **HANS WEISKE**

Das Bild - aufgenommen am Ortseingang des Flöhaer Ortsteils Falkenau - spiegelt die aktuelle Situation im Landratswahlkampf in Mittelsachsen wider: Drei Bewerber um den Posten des Landrates stehen sich gegenüber.

Zur Erinnerung: Vor sieben Jahren standen sich nur der gegenwärtige Amtsinhaber **MATTHIAS DAMM** von der CDU und **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** gegenüber. Bei einer bescheidenen Wahlbeteiligung von 42,04 Prozent erreichte Damm 65,74 Prozent der Stimmen, auf Marika Tändler-Walenta entfielen 34,26 Prozent.



Die Bewerber:

- Der von der LINKEN, den Grünen und der SPD unterstützte parteilose **DIRK NEUBAUER**, zur Zeit Bürgermeister von Augustusburg, ausgebildeter Journalist, 50 Jahre alt.
- Der CDU-Bewerber **SVEN LIEBHAUSER**, gegenwärtig Oberbürgermeister von Döbeln und Kreisvorsitzender der CDU Mittelsachsen, erlernter Beruf Bankkaufmann, 40 Jahre alt.
- Der Bewerber der AfD **ROLF WEIGAND**, gegenwärtig Mitglied des sächsischen Landtages, promovierter Dipl.-Ing. für Keramik, Glas und Baustoffe, 35 Jahre alt.

Ich wage die Prognose, dass es zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen kommen wird, welches erst in einem zweiten Wahlgang am 3. Juli entschieden wird. Dabei gilt unsere Unterstützung für Dirk Neubauer. Es wäre schön, wenn die Reihenfolge der Plakate in Falkenau auch die der Stimmzahlen im - wahrscheinlich - zweiten Wahlgang sein würde.

Dirk Neubauer ist als gelernter Journalist Autor von zwei Büchern „Das Problem sind wir - ein Bürgermeister in Sachsen kämpft“ und „Rettet die Demokratie! - eine überfällige Streitschrift“. Der Terminleiste auf Seite -12 - ist zu entnehmen, dass er in Leisnig und Geringswalde gemeinsam mit dem von uns unterstützten parteilosen Carsten Graf bzw. unserem Genossen David Rausch daraus lesen wird.



Von **KATI VOIGT**

Die Landrats- und Bürgermeisterwahlen rücken immer näher. Aus diesem Grund haben sich ehrenamtliche Helferinnen auf den Weg gemacht um für unseren Bündniskandidaten, Dirk Neubauer, in Döbeln zu plakatieren. Natürlich war auch unsere Kreisvorsitzende Marika unterwegs und hat in Roßwein und den umliegenden Orten Plakate aufgehängt. An gut sichtbaren, viel befahrenen oder von Fußgänger*innen genutzten Stellen kann man nun die Wahlplakate - übrigens mit einem QR-Code, der mit dem Mobiltelefon gescannt werden kann - begutachtet werden. Unser Bündniskandidat Dirk Neubauer wird neben unserer Partei auch von den Grünen sowie der SPD unterstützt, die sich ebenfalls an der Plakatierung beteiligt haben.

oberbürgermeister-wahlkampf in flöha? warum eigentlich?

von **Hans-Jürgen Kühn**, Vorsitzender des OV Flöha

Möglicherweise wird sich mancher Durchreisende in den nächsten Wochen bei seiner Fahrt oder dem Gang durch Flöha fragen, ob auch in der Stadt Flöha ein Bürgermeister gewählt wird. Äußerlich wird man davon wenig bemerken. Aber natürlich wird auch bei uns unser Amtsinhaber Volker Holuscha wieder zur Wahl stellt. Dies konnte vorher keiner wissen. So planten Funktionäre der Partei DIE LINKE im Kreis und Land einen großen und speziellen Wahlkampf in Flöha zu führen. Dies mit hohen personellen und finanziellen Mitteln. Man wollte die Gelegenheit nutzen, die Partei wieder sichtbar werden zu lassen. Man mag sich Gedanken machen, warum es keinen Gegenkandidaten oder -kandidatin für diese Amt gibt. Einmal liegt dies sicher daran, dass man als Oberbürgermeister schon etwas mehr kommunale Erfahrung haben sollte. Möglich wäre auch noch jemand aus der Verwaltung. Aber blickt man sich in Flöha um, merkt man schnell, dass die Auswahl nicht sehr groß wäre. Entscheidend ist aber wohl: Wer mag sich den Mühen und Risiken eines Wahlkampfes aussetzen, mit der Gewissheit, dass die Erfolgchancen gegen den Amtsinhaber gering sind. Ohne überheblich zu sein, kann man davon ausgehen, dass es in Flöha unter den Bürgern keine Wechselstimmung gibt. Dies ist nicht nur, aber vor allem der Arbeit von Volker Holuscha, nicht nur in den vergangenen sieben Jahren, sondern auch in den Jahren zuvor im Stadtrat zu verdanken. Ihm gelang es mit seinen kommunalen Erfahrungen gut, in die nicht kleinen Fußstapfen seines Amtsvorgänger Friedrich Schlosser zu treten. Sicher hatte er in manchen Dingen auch Glück, aber Glück hat man nur durch intensive Arbeit und Beharrlichkeit. Als LINKER muss er sich im Flöhaer Stadtrat mit den starken Fraktionen von AfD und CDU auseinandersetzen. Zumindest eine der Fraktionen braucht er neben anderen Stadträten auf jeden Fall, um Beschlüsse durchzusetzen. Es ist dem amtierenden Oberbürgermeister zu verdanken, dass es ihm gelang, im Stadtrat eine Atmosphäre zu schaffen, wo bloße Parteieninteressen eine geringe Rolle spielen und Sachpolitik die Oberhand behält.

Zurück zum Wahlkampf: Ausgehend von dieser Konstellation ohne Gegenkandidaten sind wir zu der Auffassung gelangt, im Wahlkampf nur das Allernötigste zu tun. Das heißt, die meisten vorhandenen Plakate bleiben, wo sie sind. Nur wenige werden das Stadtbild prägen. Wir meinen: „Vom Erhabenen zu Lächerlichen ist es manchmal nur ein kleiner Schritt“. Deshalb braucht es keinen Personenkult. Die Zeit für viele Infostände ist bei der Arbeit für die Belange der Bürger der Stadt besser genutzt, als bei parteipolitisch geprägten Veranstaltungen. Ja, und leider ist ohnehin zurzeit mit der Partei DIE LINKE als Gesamtpartei keine erfolgreiche Wahlwerbung zu machen. Dies kann nur mit Personen gelingen, welche vor Ort als bekannt, kompetent und zuverlässig geschätzt sind. Dies sollten wir beachten, um wenigsten vor Ort positiv auszustrahlen. Unser Oberbürgermeister-Kandidat ist jederzeit - und nicht nur zu Wahlzeiten - für die Bürger ansprechbar. Über seine Wahlziele werden wir in vielen Haushalten Flöhas Flyer verteilen. Unser Ziel ist Kontinuität vor Aktionismus. So sollte uns vor einem grundsoliden Wahlergebnis für Volker Holuscha nicht bange sein.



Unser Titelbild vor sieben Jahren: Der linke Oberbürgermeister Volker Holuscha eroberte erstmals das Rathaus in Flöha. Seine zweite Amtsperiode scheint besiegelt.

offener brief an die genossinnen und genossen des landesverbandes

Auf den Seiten -4- und -5- berichten wir über den Landesparteitag der sächsischen LINKEN. Dort haben wir auch darauf verwiesen, dass mit dem neuen Tagesordnungspunkt zur Lage der Partei ein Achtungszeichen gesetzt wurde, mit dem bestätigten Dringlichkeitsantrag (Im Wortlaut auf Seite -5-) und den Reden der beiden Parteivorsitzenden Susanne Schaper und Stefan Hartmann. Aber bereits am 11. Mai haben sich beide mit einem offenen Brief an die Mitglieder der sächsischen LINKEN gewandt, den wir aufgrund seiner Bedeutung im Wortlaut veröffentlichten. (Hervorhebungen von uns).

Liebe Genoss*innen,

heute wenden wir uns in Sorge an euch. Es gibt nichts zu beschönigen: **DIE LINKE befindet sich in einer schweren, existenziellen Krise.** Die verheerende Niederlage bei der Bundestagswahl wurde bisher vom Parteivorstand weder ausreichend ausgewertet, noch wurden Schlüsse gezogen, wie wir nachhaltig aus diesem „Tal der Tränen“ herauskommen können. Es gibt eine Vielzahl kluger Papiere und Analysen von Einzelpersonen und Gruppen - manche davon mit gegensätzlichen Perspektiven -, die jedoch noch nicht in einer gemeinsamen Position zusammengeführt und nicht produktiv gemacht wurden. **Statt eines prinzipiellen Umdenkens und Umsteuerns - nicht zuletzt, was den innerparteilichen Umgang miteinander angeht -, drängt sich der Eindruck auf, dass es einfach so weitergeht wie zuvor.** Die Vorgänge um den Ältestenrat unserer Partei sind dafür ein eindrückliches Beispiel. Gemeinsamkeit erwächst nur aus der gemeinsamen Arbeit. Das gilt für alle Ebenen gleichermaßen, insbesondere die Vorstände der Landesverbände und der Bundespartei haben hier auch eine Vorbildfunktion. Wir sind eine pluralistische Partei. Das gehört zum Gründungskonsens und das müssen wir auch bleiben. Das darf aber nicht zur Beliebigkeit und irritierender Vielstimmigkeit in unserer inhaltlichen Positionierung führen.

Der russische Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat grundlegende außenpolitische Positionen in Frage gestellt. Es ist uns, wie leider so oft in der Vergangenheit, bislang nicht gelungen, auf diese große gesellschaftliche und politische Herausforderung eine tragfähige und einheitliche Antwort, hinter der sich die große Mehrheit der Partei versammeln kann, zu entwickeln und offensiv nach Außen zu kommunizieren.

Dabei gibt es unserer Meinung nach durchaus eine konsensfähige Haltung innerhalb der Partei zu diesem Thema: Als Friedenspartei lehnen wir Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung prinzipiell ab. Somit verurteilen wir den russischen Angriffskrieg, wie wir auch jeden anderen völkerrechtswidrigen Krieg der letzten Jahrzehnte verurteilt haben. Das bedeutet aber nicht, dass wir über die Fehler schweigen, die die NATO und die westliche Staatengemeinschaft in den letzten Jahrzehnten in ihrem Verhältnis zu Russland begangen hat. Wir fordern - wie auch im Falle aller anderen Kriege - von den Angreifenden die Einstellung der Kampfhandlungen und die energische Suche nach einer diplomatischen Lösung. Da dieser Konflikt militärisch nur um den Preis unermesslichen Leids entschieden werden kann, wenden wir uns auch in diesem Krieg gegen Waffenlieferungen, die nur noch mehr Elend und Zerstörung für die Zivilbevölkerung mit sich bringen werden und das Potential einer atomaren Eskalation des Konflikts in sich tragen. Wir stellen uns an die Seite jener, die in Kriegen immer am meisten leiden: Die Zivilist:innen, die Armen, die Schwachen der Gesellschaft, die schon in Friedenszeiten unterprivilegiert sind. Ihnen gilt unsere be-

dingungslose Solidarität. Und wir wenden uns vor allem gegen den schamlosen Versuch der Herrschenden, die Angst und Verunsicherung in der Bevölkerung zum Durchboxen einer beispiellosen Aufrüstung auszunutzen. Ein Ja zur der ins Grundgesetz geschriebenen Aufrüstung, ein Ja zu 100 Milliarden für den militärisch-industriellen Komplex wird es von uns nicht geben - weil wir wissen, dass dieses Geld, das jetzt scheinbar grenzenlos vorhanden ist und freimütig verteilt wird, irgendwann unter dem Vorzeichen der „Schwarzen Null“ bei den Ausgaben für Soziales gestrichen werden wird.

Allein diese Grundsatzfrage zeigt, dass eine linke, eine sozialistische und antimilitaristische politische Kraft in diesem Land selten nötiger war als heute. Aber einer Partei, die vor allem mit innerparteilichen Streitereien beschäftigt ist, die sich in solchen inhaltlichen Fragen nach Außen nicht einig zeigt, sondern sich öffentlich nachvollziehbar untereinander bekämpft, werden die Menschen in diesem Land weder das Gewicht und Vermögen zutrauen, sich in diesem Konflikt als Stimme der Vernunft durchzusetzen, noch ihr Vertrauen und ihre Stimme bei Wahlen geben. Dasselbe gilt auch, wenn wir die Ansprüche, die wir an die Gesamtgesellschaft stellen, in unseren Reihen nicht leben. **Sexistische Übergriffe**, wie sie im Zuge der LINKE-MeToo-Debatte als Vorwurf an die Öffentlichkeit gekommen sind, müssen ungeschränkt aufgeklärt werden und dürfen, wenn sie zutreffend sind, in einer linken Partei, die sich als dezidiert feministisch versteht, nicht folgenlos bleiben. Unser Landesverband hat im November 2021 einen Beschluss „Für einen antisexistischen Konsens“ gefasst, seit März 2021 gibt es eine Vertrauensperson, an die sich Menschen wenden können, die parteiintern sexuelle Belästigung und Diskriminierung erfahren mussten. Die zugrunde liegenden Beschlüsse haben wir seit 2019 diskutiert. Wie bei so vielen anderen Themen reicht es aber nicht aus, dass ein Parteitag dies beschließt - wir alle müssen uns dem auch in unserem Handeln verpflichtet fühlen. Wir selbst müssen Teil der Veränderung sein, für die wir politisch und gesellschaftlich kämpfen. Wir tun das unsere, um unsere Partei auch in dieser Frage zu einem sichereren Ort zu machen.

Die Lage ist unbestritten ernst, aber Aufgeben kann und darf für uns keine Option sein. Wie oft wurde uns in der Vergangenheit der Untergang vorausgesagt?! Wie oft konnten wir diesen Unkenrufen mit einem trotzig-selbstbewussten „Da sind wir aber immer noch“ antworten?! Die Lage ist ernst, aber gewiss nicht aussichtslos. **Die derzeitige Inflation mit ihren enormen Preissteigerungen** insbesondere bei Waren des täglichen Bedarfs wird die soziale Schieflage, in der sich die bundesdeutsche Gesellschaft ohnehin seit Jahren befindet und die durch die Corona-Pandemie noch verschärft wurde, weiter verstärken. Von dem durch die Hochrüstung programmierten Sozialabbau werden Millionen in unserem Lande betroffen sein. In dieser Situation braucht es eine politische Kraft, die sich für Umverteilung, den Sozialstaat und sozialen Ausgleich stark macht. In einer Gesellschaft, die in großen Teilen ihre Begeisterung für das Militärische „wiederentdeckt“ zu haben scheint, braucht es uns als friedenspolitisches Korrektiv. Diese Überlegungen folgen allerdings keinem Automatismus. Es ist keine „historische Notwendigkeit“, dass es so kommt, sondern wir müssen ernsthaft an uns als Partei arbeiten. **Pluralismus** bedeutet, dass wir eine Partei sind, in der viele Strömungen der historisch begründet stark zersplitterten Linken in Deutschland einen Platz finden. Pluralismus darf aber nicht bedeuten, dass sich diese Strömungen untereinander permanent „bis aufs Blut“ befehden mit dem Ziel, die jeweils anderen zu besiegen und die Partei „zu übernehmen“. Pluralismus kann nur den respektvollen

Wettstreit innerhalb der innerparteilichen Demokratie um die Ausrichtung der Partei bedeuten, der auf der Grundlage eines Konsens erfolgen muss, den alle Teile der Partei gemeinsam haben. **Dazu gehören eben Werte wie Frieden, Anti-Militarismus, das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, Verantwortung für die Umwelt und Feminismus.** Dazu gehört auch die Bereitschaft, demokratische Mehrheitsbeschlüsse zu akzeptieren und sich in seinem politischen Handeln daran zu halten, selbst wenn man mit seiner Position in der Minderheit sein sollte. Das bedeutet jedoch nicht, dass man keine von der Parteilinie abweichende Meinung haben dürfe. Man sollte sich dann nur bewusst und öffentlich auch deutlich machen, dass es eben (noch?) keine Mehrheitsposition der LINKEN ist.

Auf Grundlage dieses Verständnisses von Pluralismus wird auch klar, dass der oder die innerparteilich Andersdenkende nicht politische:r „Feind“ oder „Feindin“, sondern eben Mitstreiter:in und Genoss:in ist und im Wesentlichen dasselbe will, wie man selbst - nur eben über den Weg dahin eine unterschiedliche Auffassung hat. Wir müssen uns das mehr bewusst machen und aufhören das Trennende hervorzuheben, sondern anfangen, das Gemeinsame zu betonen und zu leben. Wir als Landesvorsitzende haben, von sehr unterschiedlichen Flügeln der Partei kommend, in den vergangenen Jahren versucht, diesen Weg zu beschreiten und damit gute Erfahrungen machen dürfen. Wir würden uns das auch für die Gesamtpartei wünschen.

Die Menschen interessieren sich nicht für unsere für sie teils unverständlichen, teils kleinlichen Streitereien und Dispute. Sie wollen tragfähige Antworten auf ihre tagtäglichen Sorgen und Nöte. Kann ich mir meine Wohnung bald noch leisten? Wie komme ich vom Dorf, wo sich der Bus nur selten bis gar nicht hin verirrt, mit dem Auto auf Arbeit, bei den explodierenden Treibstoffpreisen? Werde ich meinen Lebensstandard im Alter, wenn ich nicht mehr arbeiten kann und will, noch halten bei den niedrigen Löhnen und damit auch Renten? Für solche Fragen müssen wir kurze und prägnante Antworten sowie durchdachte und tragfähige Konzepte parat haben.

Und, wenn auch nicht immer und überall, so haben wir diese Antworten ja in vielen Fällen. Unsere Abgeordneten und Fraktionen - ob in der Kommune, im Land, oder im Bundestag - arbeiten und bringen Themen auf die Tagesordnung, die es ohne uns nicht in die Parlamente schaffen würden. Wenn nicht wir angesichts der explodierenden Lebenshaltungskosten eine staatliche Preisaufsicht für die Güter des täglichen Bedarfs fordern würden, damit sich Konzerne und Spekulant:innen im Windschatten des Krieges in Europa nicht weiter ungehemmt die Taschen vollmachen, wer würde es sonst tun? Die mit der marktgläubigen FDP verbandelten Sozialdemokraten oder Grünen? Oder die ebenso Neoliberalen von der Union oder von der ganz und gar abseitigen AfD? Wir sind die einzige soziale und demokratische Opposition in diesem Land. Reißen wir uns endlich zusammen und werden unserer Verantwortung gerecht!

Wir wissen, dass unsere Partei es euch in den letzten Wochen und Monaten nicht leicht gemacht hat, liebe Genossinnen und Genossen. Wir danken euch, dass ihr der LINKEN trotz alledem weiterhin die Treue haltet. Lasst uns wieder zueinander finden und gemeinsam den Kampf aufnehmen. Den Kampf um die Zukunft unserer Partei und für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige, offene und demokratische Gesellschaft!

Mit solidarischen Grüßen



enttäuschte hoffnungen nach ende des kalten krieges 1990

von ACHIM GRUNKE

Nach dem Ende des Kalten Krieges 1990 schien sich am Horizont eine Epoche dauerhaften Friedens abzuzeichnen. Die von Gorbatschow eingebrachte Metapher vom „Gemeinsamen Europäischen Haus“ machte die Runde. In der Charta von Paris der KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) von 1990 erklärten die Staats- und Regierungschefs unter der Überschrift „Ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“, dass sie in einer „in einer Zeit tiefgreifenden Wandels und historischer Erwartungen in Paris zusammengetreten“ sind. Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas sei zu Ende gegangen. Es wurde erklärt, die Beziehungen zwischen den Staaten künftig auf Achtung und Zusammenarbeit zu gründen.

Während des KSZE-Gipfeltreffens vom 19. bis 21. November 1990 in Paris gaben die Staaten des noch bestehenden Warschauer Vertrags und der NATO eine Gemeinsame Erklärung ab, in der sie ihre frühere Verpflichtung zum Nichtangriff bekräftigten. Sie definierten sich fortan gegenseitig nicht mehr als Gegner, sondern als Partner, die gewillt seien „einander die Hand zur Freundschaft zu reichen“. Doch nach dreißig Jahren ist jetzt die Rede von einem zweiten Kalten Krieg, der seinen vorläufigen Höhepunkt mit dem russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine erreicht zu haben scheint. Ein Rückfall in die Zeit vor 1989?! Doch erst mal zurück zum ersten Kalten Krieg.

Der Kalte Krieg bis 1990

Als „Kalter Krieg“ wird das Konfliktverhältnis zwischen den Westmächten unter Führung der USA und dem sogenannten Ostblock unter Führung der Sowjetunion von ca. 1947 bis 1990 bezeichnet. Der Begriff „Kalter Krieg“ wurde vom englischen Journalisten und Schriftsteller George Orwell (1903-1950) geprägt, eher bekannt durch seine Bücher „Farm der Tiere“ und „1984“. Schon 1945 verwendete er diesen Begriff in seinem Essay „You and the Atomic Bomb“ bei der Gegenüberstellung der unterschiedlichen Weltanschauungen und sozialen Strukturen der Sowjetunion und der USA.

Auch Jahrzehnte nach seinem Ende bleibt der Kalte Krieg bis heute ein Gegenstand kontroverser Interpretationen. Zu einem gewichtigen Teil war der Kalte Krieg von einem Sicherheitsdilemma geprägt, beherrscht von einem beiderseitigem Misstrauen, wofür beide Seiten durch ihr Verhalten auch hin und wieder Anlässe lieferten. Und beide Seiten waren stets darauf bedacht, sich selbst zu verteidigen oder entsprechende Verteidigungspotentiale aufzubauen. Jeweils eine oder beide Seiten hatten Befürchtungen, dass die jeweils andere Seite in einem aggressiven Vorgehen begriffen war oder ein solches plante. (H. Gärtner: Der Kalte Krieg, Marixverlag 2017, S. 7 u. 77f)

Als erstes Signal zum Kalten Krieg gilt allgemein die „Fulton-Rede“ des ehemaligen britischen Premierministers Winston Churchill, gehalten am 5. März 1946 in der Stadt Fulton im US-Staat Missouri. Darin erklärte er, dass der sich hinter seinem „Eisernen Vorhang“ verschanzte „Sowjetkommunismus“ eine Bedrohung für die westliche Welt sei und ihm gegenüber eine Politik der Stärke zu betreiben sei.

Mit der am 12. März 1947 von US-Präsident Truman vor dem US-Kongress abgegebenen Erklärung ab, die als sogenannte Truman-Doktrin in die Geschichte einging,

begann der Kalte Krieg. Ziel der Doktrin war es, die Sowjetunion machtpolitisch einzudämmen und eine weitere Ausbreitung des Sozialismus zu verhindern.

Der Zeitraum des Kalten Krieges lässt sich grob in folgende Phasen einteilen:

□ Beginn in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre: Drohung des US-Präsidenten Truman gegen die Sowjetunion mit dem Einsatz von Atomwaffen im Zusammenhang mit der Irankrise 1946; Frankreichs Indochinakrieg 1946-54; (West-)Berlin-Blockade durch die Sowjetunion 1948/49; Spaltung Deutschlands mit Gründung der BRD (23. Mai 1949) und der DDR (7. Okt. 1949); Bildung der NATO (4. April 1949) Sowjetunion zündet erste Atombombe (29. Aug. 1949).

□ Höhepunkt in den 1950er und 1960er Jahren: Koreakrieg 1950-1953; massiver Antikommunismus in den USA während der McCarthy-Ära 1950-54; Gründung des Warschauer Vertrags (4. Juni 1955); Niederschlagung des Aufstands in Ungarn durch sowjetische Truppen 1956; Bildung der Bundeswehr in der BRD 1955 und Bildung der NVA in der DDR 1956; Abschuss eines US-Spionageflugzeugs im sowjetischen Luftraum (1. Mai 1960); Abriegelung der Grenze zu Westberlin und der BRD (13. Aug. 1961); Kubakrise im Oktober 1962; Vietnamkrieg der USA 1964-73; „Prager Frühling“ und Einmarsch von Truppen des Warschauer Vertrags in die sozialistische Tschechoslowakei im August 1968.



□ Entspannungspolitik in den 1970er Jahren: Neue Ostpolitik unter Willy Brandt ab 1970 mit dem Konzept „Wandel durch Annäherung“; Moskauer Vertrag zwischen BRD und Sowjetunion 1970; Warschauer Vertrag zwischen BRD und Polen 1970; Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3. Sept. 1971; Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD vom 21. Dez. 1972; Abkommen zwischen der Sowjetunion und den USA über die Begrenzung ballistischer Raketenabwehrsysteme und zur Begrenzung strategischer Offensivwaffen, in dem beiderseitige Höchstgrenzen für Interkontinentalraketen festgelegt wurden (1972); Einhegung des Kriegs zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn im Okt. 1973; Annäherung zwischen den USA und China 1972; KSZE-Tagung mit der Schlussakte von Helsinki am 1. Aug. 1975; SALT II-Vertrag zur nuklearen Rüstungskontrolle.

□ Neue Spannungsphase und zweite Phase der Entspannung in den 1980er Jahren: NATO-Doppelbeschluss zur Stationierung der Pershing 2 Raketen vom 12. Dez. 1979 gegen sowjetische SS 20 Mittelstreckenraketen; sowjetische Intervention in Afghanistan vom 25. Dez. 1979, beendet am 15. Febr. 1989; Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau 1980 als Reaktion auf Afghanistan; NATO-Kommandostabsübung „Able Archer 83“ (engl. für „fähiger Bogenschütze“) vom 7. bis 11. November 1983 brachte die Welt an den Rand eines Atomkrieges; Gipfeltreffen zwischen Gorbatschow und US-Präsident Reagan im Nov. 1985 und Okt. 1986

entspannten die Ost-West-Beziehungen; auf Initiative Gorbatschows kam es beim Gipfeltreffen am 8. Dez. 1987 kam es zum INF-Vertrag über die Verschrottung aller Mittelstreckenraketen in Europa und mit dem START I Vertrag zum Beginn der Reduzierung der strategischen Kernwaffen; Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in Osteuropa 1989/90; formelle Beilegung des Kalten Krieges mit der KSZE-Charta von Paris am 21. Nov. 1990; Auflösung des Warschauer Vertrags am 1. Juli 1991; Auflösung der Sowjetunion zu Ende 1991.

Die NATO bleibt

Der Warschauer Vertrag als Militärbündnis der ehemals sozialistischen Staaten hatte aufgehört zu existieren, die NATO blieb weiterbestehen. Oft wird die rhetorische Frage gestellt, hätte denn nicht damit auch die NATO aufgelöst werden müssen. Denn die NATO (Nordatlantiktorgorganisation) war eigens dafür gegründet worden den Sowjetkommunismus aufzuhalten und zurückzudrängen, der nun aber die Bühne der Weltgeschichte von selbst verlassen hatte.

Doch für eine Auflösung der NATO fehlte der Gegenpart, und eine Selbstauflösung kam nicht in Frage, da man sich als Sieger des Kalten Krieges wählte. Um weiterhin ihre Existenzberechtigung nachzuweisen, mussten neue Aufgaben für die NATO gefunden werden. Im KSZE-Dokument von Helsinki 1992 „Herausforderung des Wandels“ hieß es dazu: „Die Nordatlantische Allianz (NATO), eines der wesentlichen transatlantischen Bindeglieder, hat ein neues strategisches Konzept angenommen und ihre Rolle als integraler Aspekt der Sicherheit in Europa gestärkt.“ Damit wurde der NATO seitens der KSZE eine neue Legitimität verliehen.

„In ihrem Strategischen Konzept aus dem Jahr 1999 erklärte die NATO erstmalig, dass zukünftig zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung auch militärische Operationen außerhalb des NATO-Gebietes möglich sein sollen („Out-of-Area-Einsätze“). Die NATO behält sich zudem das Recht vor, auch ohne Mandat der Vereinten Nationen in Krisengebieten zu intervenieren. Dieses Recht soll selbst dann greifen können, wenn kein Mitgliedstaat unmittelbar als Konfliktpartei beteiligt ist. Die NATO hat sich hiermit erstmalig eine Grundlage dafür geschaffen, über ihren ursprünglichen Verteidigungsauftrag qualitativ hinaus zu gehen und so genannte „Out-of-Defence-Einsätze“ durchzuführen. Diese qualitative Veränderung des Aufgabenspektrums der NATO reflektiert ein grundlegend neues Selbstverständnis. Während es bis Ende der neunziger Jahre darum ging, die NATO zu haben, um sie nicht einsetzen zu müssen, geht es seitdem darum, die NATO so zu verändern, dass sie eingesetzt werden kann.“ (J. Neyer: Globale Demokratie [Studienkurs Politikwissenschaft], Nomos Verlag 2013, S. 184 f.)

Gegen die schleichende Ausweitung des Funktionsverständnisses der NATO hin zu einem globalen Sicherheitsakteur hat es insbesondere in Deutschland viel Kritik gegeben. Ebenso kritisch wurde die NATO-Osterweiterung gesehen sowie die vermeintlich gegen den Iran gerichtete Stationierung von Mittelstreckenraketen in Polen und Rumänien, was zutiefst die russischen Sicherheitsinteressen tangierte. Aber der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat nun die Vorlage dafür geliefert, dass die NATO durch die Aufnahme Finnlands und Schwedens weiter auf dem Vormarsch ist. Ein kollektives Sicherheitssystem scheint unter den gegebenen Realitäten kaum jenseits der NATO realisierbar zu sein.

kreisvorstand aktuell

Am 28. April verständigte sich der Kreisvorstand aus aktuellem Anlass online zum Thema Sexismus bei der LINKEN. Die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta informierte über das dazu im sächsischen Landesverband beschlossene Grundsatzpapier mit Festlegungen zum Einsatz einer Vertrauensperson in Fällen von Sexismus und einem Sanktionskatalog. Ausgewertet wurde ein Fall von Sexismus im Kreisverband Mittelsachsen, der allerdings schon fast vier Jahre zurückliegt.

Zum Thema „Sexismus bei der LINKEN“ erhielt die Redaktion auch den folgenden Artikel aus dem Team Tändler-Walenta

Gegen die sexualisierte Gewalt in den eigenen Strukturen hat DIE LINKE unter dem Hashtag

#LinkeMeToo

eine Informationsplattform eingerichtet. Erschüttert wurde die Partei vor allem durch die Missbrauchsvorwürfe im hessischen Landesverband. Der Parteivorstand hat dazu am 20. April einen Beschluss „Solidarität mit Betroffenen und konsequentes Handeln gegen Sexismus, Grenzüberschreitungen und sexualisierte Gewalt“ gefasst. Im sächsischen Landesverband wurde bereits im November 2021 ein Beschluss unter dem Titel „Für einen antisexistischen Konsens“ gefasst. Darin wird auf patriarchale, teils sexistische, Strukturen in unserer Partei hingewiesen und und Möglichkeiten für eine fundierte sowie ganzheitliche Auseinandersetzung mit dem Thema aufgezeigt. Der Landesverband regt an, auch in den Stadt- und Kreisverbänden Hilfs- und Awarenessstrukturen zu schaffen. (Awereness-gleichbedeutend mit „Aufmerksamkeit“, d.R.) #LinkeMeToo hat DIE LINKE in einer ohnehin schweren Phase stark erschüttert. Es wäre naiv zu glauben, dass es solchen strukturellen Sexismus bei uns in der Partei nicht geben sollte. Auch wir können nicht ausschließen, dass einzelne Mitglieder unserer Partei sich im Rahmen einer patriarchalen Gesellschaft problematisch verhalten. Was wir jedoch tun können ist geeignet darauf zu reagieren. Prozesse, Strukturen und Ansprechpartner*innen schaffen, um entsprechende Fälle schnell zu erkennen, zu bearbeiten und angemessene Konsequenzen daraus zu ziehen. In diese Diskussion müssen wir nun gesamtparteilich eintreten und gute Lösungen finden, aus den Fehlern und der mangelnden Handlungsfähigkeit lernen. Kurzfristig heißt das für unseren Kreisverband, die Möglichkeit zu schaffen, sich ebenfalls mit Problemen und Vorfällen zu melden.

Solltet ihr im Zuge der Thematik sexuelle Übergriffe oder Gewalt betroffen bzw. euch Probleme bekannt sein, meldet euch unter marika.taendler-walenta@dielinke-sachsen.de oder beim Kreisvorstand unter kontakt@dielinke-mittelsachsen.de. Kontaktiert uns natürlich auch gern bei ganz allgemeinen Anmerkungen, Kritik oder Vorschlägen eurerseits.

unsere jubilarer

All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich!



Im Juni 2022 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

ERICH PFABE	geb. am	04.06.1928,	in	Bobritzsch-Hilbersdorf
LEA LEHMANN	geb. am	04.06.1940,	in	Flöha
REINER KÖNIG	geb. am	05.06.1941,	in	Freiberg
ANITA GÖTZE	geb. am	06.06.1930,	in	Augustusburg
HORST ZEHE	geb. am	09.06.1952,	in	Penig
MICHAEL ZIEGLER	geb. am	13.06.1947,	in	Freiberg
URSULA HUNGER	geb. am	14.06.1928,	in	Mittweida
RAINER ECKERT	geb. am	14.06.1941,	in	Geringswalde
BERND SCHADE	geb. am	15.06.1942,	in	Weißborn
ULRICH HÜBNER	geb. am	15.06.1935,	in	Mittweida
SONJA HOLLSTEIN	geb. am	15.06.1933,	in	Flöha
ANNELIESE GOTTHARDT	geb. am	15.06.1931,	in	Burgstädt
THEA RASSER	geb. am	19.06.1930,	in	Frankenberg /Pflegeheim
HEINZ-DIETER UHLIG	geb. am	20.06.1933,	in	Lichtenau
HEIDEMARIE ERLER	geb. am	20.06.1957,	in	Rochlitz
SIGRUN MINKNER	geb. am	23.06.1947,	in	Mittweida
GERLINDE WÖLLNER	geb. am	24.06.1927,	in	Freiberg
GERALD SCHMIDT	geb. am	28.06.1941,	in	Rochlitz
WOLFGANG JUNGHANS	geb. am	28.06.1935,	in	Augustusburg
CHRISTIAN GÜHNE	geb. am	29.06.1929,	in	Leisnig

In eigener Sache: An dieser Stelle hat seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren in den „LinksWorten“ ihren Platz. Laut der aktuellen Datenschutzverordnung der EU dürfen wir Namen eigentlich nur bei der dokumentierten Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben diese Vorgabe für unsere Zeitung aktualisiert. Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

historische daten und jahrestage im mai 2022

18.05. 1872: Bertrand Russell (britischer Philosoph, Mathematiker, Religionskritiker und Logiker) geboren.	Heydrich (am 04.06. verstorben).
13.05. 1897: Beschluss über das „Kleine Sozialistengesetz“ im Preußischen Landtag.	26./27. 05. 1952: Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten („Generalvertrag“).
15.05. 1922: Deutsch-polnisches Abkommen zur Teilung Oberschlesiens.	14.05. 1972: Theodor Blank (erster Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland) gestorben.
25.05. 1922: Enrico Berlinguer (Vertreter des Eurokommunismus) geboren.	06.05. 1992: Marlene Dietrich gestorben.
18.05. 1942: Antifaschisten um Herbert Baum brennen die antisowjetische Hetzschau im Berliner Lustgarten nieder.	30.05. 1992: Karl Carstens (fünfter Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland) gestorben.
27.05. 1942: Attentat auf Reinhard	26.05. 1997: Manfred von Ardenne gestorben.

NACH (DENKENS)WERTES

Wir suchen die Wahrheit, finden wollen wir sie aber nur dort, wo es uns beliebt.

Marie von Ebner-Eschenbach

Unsere zivilisierte Welt ist nur eine große Maskerade.

Arthur Schopenhauer

terminübersicht

Mai 2022:

- 14.05. **2. Tagung des 16. Landesparteitages**
Festhalle Annaberg-Buchholz
- 19.05. 19:00 Uhr „Wie kann linke Hochschulpolitik im 21. Jahrhundert aussehen und umgesetzt werden“-
Input und Diskussionsrunde mit Anna Gorskih (MdL)
Bürgerbüro Mittweida, Weberstraße 8
- 20.05. 19:00 Uhr Lesung zum Buch „Rettet die Demokratie“
mit Dirk Neubauer (Landratskandidat) und
Carsten Graf (Bürgermeisterkandidat)
„Cafe Gitt“ Chemnitz Str. 38, Leisnig
- 25.05. Sporttour mit Sören Pellmann (MdB) in
Mittelsachsen
- 25.05. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34
- 26.05. 19:00 Uhr Neu- und Jungmitgliedertreffen des Kreisver-
bandes (online)
- 31.05. 19:00 Uhr Lesung zum Buch „Rettet die Demokratie“ mit
Dirk Neubauer (Landratskandidat) und David
Rausch (Bürgermeisterkandidat)
Restaurant „Zur Wolfsschlucht“,
Markt 11, Geringswalde

Juni 2022:

- 04.06. Kinderfest in Geringswalde mit David Rausch
(Bürgermeisterkandidat)
- 11.06. Flohmarkt+Konzert in Geringswalde mit David
Rausch (Bürgermeisterkandidat)
- 12.06. **Landrats- und Bürgermeisterwahlen**
- 22.06. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Bürgerbüro Mittweida, Weberstraße 8
24. bis 26.06. **1. Tagung des 8. Bundesparteitages**
Messe Erfurt



Von **DIETER ERLER**, OV Rochlitz

Am 14.04.2022 wurde vom OV DIE LINKE Rochlitz/Geringswalde traditionsgemäß an der Gedenktafel für die gefallenen Soldaten bei der Querung der Mulde in Rochlitz ein Blumenstrauß abgelegt. Damit endete für die Stadt der 2. Weltkrieg.

„Gegen das Vergessen - in memoriam Esther Bejarano“

22. Mai 2022 | 16:00 Uhr im Soziokulturellen Zentrum
QUER BEET, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz



© Microphone Mafia

BEJARANO & MICROPHONE MAFIA (Joram Bejarano & Kutlu Yurtseven)

Programm: ▶ Lesung aus Esthers Erinnerungen
▶ Konzert mit Bild- und Videoeinspielungen
▶ Ausstellung

Ein Zeichen setzen gegen
Rassismus und
Krieg!

Die Rapband BEJARANO &
MICROPHONE MAFIA
erinnert mit Liedern und
Texten an
Esther Bejarano,
an das Leid von Millionen
Menschen, das ihnen
durch Faschismus und
Krieg, Vertreibung und
Zwangsarbeit angetan
wurde.

LESUNG UND GESPRÄCH

Dirk Neubauer liest:

"Rettet die Demokratie!"

Anschließende Gesprächsrunde mit David Rausch und
allen Teilnehmenden vor Ort.



31 Mai 2022

ab 19 Uhr



Restaurant
"Zur Wolfsschlucht"
09326 Geringswalde
Markt 11

Damit alle gut
durch die Krise
kommen.
**Vermögensabgabe
jetzt!**



Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unseren
teuren Verstorbenen

Sighart Knobel, Hainichen

Wir werden ihm stets unser ehrendes Andenken bewahren.